Reichsgesetzblatt

Teil II

1926 | Ausgegeben zu Berlin, den 22. Oktober 1926 | Nr. 43

Inhalt: Verordnung über die Freigabe des Binnenschiffsbaues für ausländische Rechnung und über die Erleichterung der Vercharterung von Binnenschiffen ins Ausland. Vom 15. Oktober 1926 ..... S. 619

Bekanntmachung zu dem Abkommen zwischen Deutschland und Belgien über Paßerleichterungen für die beiderseitigen Staatsangehörigen im kleinen Grenzverkehre. Vom 13. Oktober 1926 ..... S. 619

Bekanntmachung über die Ausdehnung des deutsch-englischen Handelsvertrages auf die Dependenzen Fidschi-Inseln, Gilbert- und Ellice-Inseln-Kolonie und Britische Salomo-Inseln-Protektorat. Vom 15. Oktober 1926 S. 619

Bekanntmachung über das Koblenzer Befriedungsabkommen. Vom 6. Oktober 1926 ..... S. 620

Verordnung über die Freigabe des Binnenschiffsbaues für ausländische Rechnung und über die Erleichterung der Vercharterung von Binnenschiffen ins Ausland. Vom 15. Oktober 1926.

Die Verordnung über die Veräußerung von Binnenschiffen ins Ausland vom 17. Januar 1918 (Reichsgesetzbl. S. 40) wird auf Grund des § 6 mit dem Tage der Verkündung der gegenwärtigen Verordnung in folgendem Umfang außer Kraft gesetzt.

Im § 1 werden die Abs. 2 und 4 sowie der letzte Satz des Abs. 5 aufgehoben. Im Abs. 3 fallen die Worte fort: „oder im Bau befindliche Binnenschiffe der im Abs. 2 bezeichneten Art",

ferner:

„sowie alle Rechtsgeschäfte, durch welche Binnenschiffe für Rechnung eines Ausländers oder einer Gesellschaft mit ausländischem Sitze deutschen Werften in Bau gegeben werden".

Berlin, den 15. Oktober 1926.

Der Reichsverkehrsminister
Dr. Krohne

Bekanntmachung zu dem Abkommen zwischen Deutschland und Belgien über Paßerleichterungen für die beiderseitigen Staatsangehörigen im kleinen Grenzverkehre. Vom 13. Oktober 1926.

Auf Grund des Artikel 14 des Abkommens zwischen Deutschland und Belgien über Paßerleichterungen für die beiderseitigen Staatsangehörigen im kleinen Grenzverkehre vom 1. Juli 1926 (Reichsgesetzbl. II S. 429) ist am 29. Juli 1926 durch einen Notenwechsel zwischen dem Auswärtigen Amte und der Königlich Belgischen Gesandtschaft in Berlin die Einbeziehung der Gemeinde Moresnet in das belgische Grenzgebiet vereinbart worden. Die Einbeziehung ist gleichzeitig mit dem Abkommen am 1. August 1926 wirksam geworden.

Berlin, den 13. Oktober 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
v. Schubert

Bekanntmachung über die Ausdehnung des deutsch-englischen Handelsvertrages auf die Dependenzen Fidschi-Inseln, Gilbert- und Ellice-Inseln-Kolonie und Britische Salomo-Inseln-Protektorat. Vom 15. Oktober 1926.

Die Britische Regierung hat durch den Vertreter Seiner Britannischen Majestät in Berlin unter dem 29. September 1926 den Wunsch Seiner Britannischen Majestät geäußert, daß die Bestimmungen des Handels- und Schiffahrtsvertrags zwischen dem Deutschen Reiche und dem Vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland vom 2. Dezember 1924 (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 777) auch auf die britischen Dependenzen Fidschi-Inseln, Gilbert- und Ellice-Inseln-Kolonie und Britische Salomo-Inseln-Protektorat Anwendung finden sollen.

Diese Ausdehnung des deutsch-englischen Handels- und Schiffahrtsvertrags ist am 29. September 1926 wirksam geworden.

Diese Bekanntmachung schließt sich an die Bekanntmachung vom 19. Juni 1926 (Reichsgesetzbl. II S. 353) an.

Berlin, den 15. Oktober 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
Köpke

Bekanntmachung über das Koblenzer Befriedungsabkommen. Vom 6. Oktober 1926.

Zwischen Vertretern der Deutschen Regierung und den in der Interalliierten Rheinlandoberkommission vertretenen Regierungen haben in Koblenz Verhandlungen stattgefunden, die am 10. September 1926 zu einem Schriftwechsel zwischen dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete einerseits und dem Präsidenten und den Mitgliedern der Interalliierten Rheinlandoberkommission anderseits geführt haben. Dieser Schriftwechsel wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 6. Oktober 1926.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete
In Vertretung
Schmid

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
v. Schubert

Der Reichsminister der Justiz
In Vertretung
Dr. Joël

I. Note des Deutschen Reichskommissars in Koblenz an den Präsidenten und die Mitglieder der Interalliierten Rheinlandoberkommission.

Koblenz, den 10. September 1926.

Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete
an
den Herrn Präsidenten und die Herren Mitglieder der Interalliierten Rheinlandoberkommission
in Koblenz.

Meine Herren!

Wie Ihnen bekannt ist, haben auf Anregung der Botschafterkonferenz zwischen Delegierten der Deutschen Regierung und der in der Interalliierten Rheinlandoberkommission vertretenen Regierungen Besprechungen stattgefunden über die Maßnahmen, die aus Anlaß der Räumung der sogenannten Kölner Zone beiderseits ergriffen werden können, um die von beiden Seiten gewünschte Befriedung zu fördern, die Beziehungen zwischen den deutschen Behörden und der deutschen Bevölkerung einerseits und den Besatzungsbehörden anderseits im Rahmen der dafür maßgebenden Verträge dem Geiste der Abmachungen von Locarno anzupassen und Schwierigkeiten, die noch entstehen könnten, gütlich beizulegen.

Die Delegierten haben sich darüber geeinigt, ihren Regierungen vorzuschlagen, unbeschadet der Bestimmungen des Artikel 7 der Anlage III des Londoner Schlußprotokolls, die auch weiterhin beiderseits in weitherzigster Weise angewandt werden sollen, folgende Erklärungen auszutauschen:

„I

In der Absicht, mit der Vergangenheit noch über das Londoner Protokoll hinaus reinen Tisch zu machen, wird folgendes erklärt:

1. Seitens der Deutschen Regierung:

a) daß sie alle Mittel, über die sie verfügt, mit Einschluß derjenigen der Justizverwaltung anwenden wird, um zu verhindern, daß unmittelbare oder mittelbare Vergeltungsmaßnahmen gegen irgend jemand wegen seines Gehorsams gegenüber den Anweisungen der Besatzungsbehörden, wegen der Dienste, die er ihnen geleistet, oder wegen der Beziehungen, die er mit diesen Behörden unterhalten hat, ergriffen werden.

Dies bezieht sich insbesondere auf Personen, die den Besatzungsbehörden Anzeige über Zuwiderhandlungen gegen die deutsche Gesetzgebung oder gegen Verordnungen, Anweisungen oder Entscheidungen der Interalliierten Rheinlandoberkommission oder gegen Befehle der zuständigen Militärbehörden erstattet haben.

Abgesehen von den Fällen des Abs. 2 werden durch diese Zusage Dienste, die den Besatzungsbehörden geleistet, oder Beziehungen, die mit diesen Behörden unterhalten worden sind, nicht geschützt, wenn die Dienste oder die Beziehungen den Tatbestand des Hochverrats, des Landesverrats oder der Spionage erfüllen.

Diese Erklärungen haben alle Vorkommnisse im Auge, die sich in den besetzten Gebieten einschließlich der geräumten sogenannten Kölner Zone seit dem Beginne der Besetzung bis zum 10. Januar 1923 sowie seit dem 1. September 1924 bis zum 1. Februar 1926 ereignet haben und Angelegenheiten des besetzten Gebiets einschließlich der geräumten sogenannten Kölner Zone betreffen;

b) daß die Fragen, die in den geräumten Gebieten wegen der Wirkungen der während der Besetzung durch die Interalliierte Rheinlandoberkommission getroffenen und zur Kenntnis der deutschen Behörden gelangten Entscheidungen auftauchen könnten, Gegenstand des Vergleichsverfahrens sein werden, das nachstehend unter II vorgesehen ist, mit Ausnahme der Fragen, die unmittelbar die politischen, finanziellen oder sonstigen Beziehungen zwischen der Deutschen Regierung und den in der Rheinlandoberkommission vertretenen Regierungen betreffen.

Es besteht indessen schon jetzt Einverständnis darüber, daß in bezug auf die genannten Entscheidungen keine Maßnahmen mit rückwirkender Kraft ergriffen, und daß insbesondere für die Vergangenheit keine Zahlungen von Personen gefordert werden sollen, die von der Zahlung unter der Herrschaft der erwähnten Entscheidungen befreit gewesen waren. Jedoch werden vereinnahmte Zahlungen nicht erstattet.

2. Seitens der in der Interalliierten Rheinlandoberkommission vertretenen Regierungen:

a) daß sie binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten der Abmachungen den deutschen Behörden die deutschen Reichsangehörigen übergeben werden, die in den Gefängnissen des besetzten Gebiets in Haft sind und von den Militärgerichten wegen Taten verfolgt oder verurteilt worden sind, die sie im Ruhrgebiet, in den Brückenköpfen Duisburg-Ruhrort und Düsseldorf oder in der sogenannten Kölner Zone begangen haben.

Ausgenommen sind nur solche Personen, die ein Verbrechen gegen das menschliche Leben mit Todesfolge begangen haben;

b) daß sie völlige Straffreiheit für alle Straftaten gewähren, die in den besetzten Gebieten seit dem Beginne der Besetzung bis zum 1. Februar 1926 begangen sind, mit Ausnahme der Straftaten des gemeinen Rechtes und der Spionage.

Es besteht Einverständnis darüber, daß Geldstrafen und Gerichtskosten, die beglichen sind, nicht erstattet werden.

II

Es besteht Einverständnis darüber, daß Meinungsverschiedenheiten, die sich bei der Ausführung dieses Abkommens ergeben sollten, unbeschadet der unmittelbaren Verständigung zwischen den beteiligten Regierungen nur auf folgendem Wege ausgeräumt werden: Die Interalliierte Rheinlandoberkommission oder der deutsche Reichskommissar beziehungsweise jede andere deutsche Behörde, die von ihrer Regierung dazu bestimmt ist, werden von Amts wegen oder auf Antrag der Beteiligten in Vorbesprechungen eintreten, um eine gütliche Verständigung zu suchen.

Es besteht Einverständnis darüber, daß die mit der Sache befaßte Behörde, wenn ihr ein solcher Fall angezeigt wird und die Fortsetzung des Verfahrens den Abmachungen zuwider sein würde, keine Maßnahmen treffen wird, die den anderen Teil vor vollendete Tatsachen stellen würden, solange die oben vorgesehenen Erörterungen schweben.

Sollten die Vorbesprechungen nicht zu einer Einigung führen, so ist jeder Teil berechtigt, die Angelegenheit mangels einer anderweitigen Abrede in ein zu vereinbarendes Schiedsverfahren zu bringen.

III

Die vorstehenden Abmachungen enthalten für die vertragschließenden Teile nicht die Verpflichtung, gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen. Die Abmachungen treten eine Woche, nachdem sie durch einen Notenaustausch zwischen dem Reichskommissar in Koblenz und dem Präsidenten und den Mitgliedern der Interalliierten Rheinlandoberkommission bestätigt worden sind, in Kraft."

Im Auftrag meiner Regierung habe ich die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß sie diese Vorschläge der beiderseitigen Delegierten bestätigt, und Sie um die Bestätigung namens der in der Interalliierten Rheinlandoberkommission vertretenen Regierungen zu bitten.

Genehmigen Sie, meine Herren, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

gez. Langwerth

II. Note des Präsidenten und der Mitglieder der Interalliierten Rheinlandoberkommission an den Deutschen Reichskommissar in Koblenz.

Les Président et Membres de la Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans, représentant leurs Gouvernements respectifs,

à

Monsieur le Commissaire allemand pour les Territoires Rhénans occupés, représentant le Gouvernement allemand.

Coblence, le 10 septembre 1926.

Monsieur le Reichskommissar,

Nous avons l'honneur de vous accuser réception de votre note du 10 septembre 1926. Ainsi que vous le mentionnez, des pourparlers ont eu lieu sur l'intervention de la Conférence des Ambassadeurs, entre les Délégués du Gouvernement allemand et ceux des Gouvernements représentés à la Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans, sur les mesures qui pourront être prises de part et d'autre, à l'occasion de l'évacuation de la zone de Cologne, pour favoriser la pacification désirée par les deux parties, adapter les relations entre les Autorités et la population allemandes, d'un côté, et les Autorités d'Occupation de l'autre, dans le cadre des traités qui les déterminent, à l'esprit des arrangements de Locarno, et régler à l'amiable toutes difficultés qui pourraient encore surgir.

Les Délégués sont tombés d'accord pour proposer à leurs Gouvernements sans préjudice des stipulations de l'article 7 de l'annexe III du Protocole de Londres, qui doivent continuer à être appliquées des deux côtés dans l'esprit le plus large, d'échanger les déclarations suivantes:

« I.

Désireuses de faire table rase du passé dans une mesure encore plus large que celle donnée par le protocole de Londres, les Hautes Parties contractantes ont déclaré ce qui suit:

1° au nom du Gouvernement allemand:

a) Qu'il interviendra par tous les moyens en son pouvoir également auprès de l'Administration judiciaire pour prévenir des représailles directes ou indirectes contre toutes personnes en raison de leur obéissance aux ordres des Autorités d'Occupation, des services qu'elles auront rendus ou des relations qu'elles auront entretenues avec lesdites Autorités.

Cette disposition concerne notamment les personnes qui ont signalé aux Autorités d'Occupation des infractions aux lois allemandes ou aux Ordonnances, Instructions ou Décisions de la Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans ou aux ordres des Autorités militaires compétentes.

Übersetzung.

Der Präsident und die Mitglieder der Interalliierten Rheinlandoberkommission, namens der von ihnen vertretenen Regierungen

an

den Herrn Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete als Vertreter der Deutschen Regierung.

Koblenz, den 10. September 1926.

Herr Reichskommissar,

Wir haben die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 10. September 1926 zu bestätigen. Wie Sie bemerken, haben auf Anregung der Botschafterkonferenz zwischen Delegierten der Deutschen Regierung und der in der Interalliierten Rheinlandoberkommission vertretenen Regierungen Besprechungen stattgefunden über die Maßnahmen, die aus Anlaß der Räumung der sogenannten Kölner Zone beiderseits ergriffen werden können, um die von beiden Seiten gewünschte Befriedung zu fördern, die Beziehungen zwischen den deutschen Behörden und der deutschen Bevölkerung einerseits und den Besatzungsbehörden andererseits im Rahmen der dafür maßgebenden Verträge dem Geiste der Abmachungen von Locarno anzupassen und Schwierigkeiten, die noch entstehen könnten, gütlich beizulegen.

Die Delegierten haben sich darüber geeinigt, ihren Regierungen vorzuschlagen, unbeschadet der Bestimmungen des Art. 7 der Anlage III des Londoner Schlußprotokolls, die auch weiterhin beiderseits in weitherzigster Weise angewandt werden sollen, folgende Erklärungen auszutauschen:

„I.

In der Absicht, mit der Vergangenheit noch über das Londoner Protokoll hinaus reinen Tisch zu machen, wird folgendes erklärt:

1. Seitens der Deutschen Regierung:

a) daß sie alle Mittel, über die sie verfügt, mit Einschluß derjenigen der Justizverwaltung anwenden wird, um zu verhindern, daß unmittelbare oder mittelbare Vergeltungsmaßnahmen gegen irgend jemand wegen seines Gehorsams gegenüber den Anweisungen der Besatzungsbehörden, wegen der Dienste, die er ihnen geleistet, oder wegen der Beziehungen, die er mit diesen Behörden unterhalten hat, ergriffen werden.

Dies bezieht sich insbesondere auf Personen, die den Besatzungsbehörden Anzeige über Zuwiderhandlungen gegen die deutsche Gesetzgebung oder gegen Verordnungen, Anweisungen oder Entscheidungen der Interalliierten Rheinlandoberkommission oder gegen Befehle der zuständigen Militärbehörden erstattet haben.

Sauf les cas prévus dans le deuxième alinéa, les services rendus aux Autorités d'Occupation et les relations entretenues avec lesdites Autorités, ne sont pas couvertes par cet engagement quand ils constituent des actes de haute trahison (Hochverrat ou Landesverrat) ou d'espionnage.

Les présentes déclarations visent les faits qui ont eu lieu dans les Territoires Occupés, y compris la zone évacuée dite de Cologne, depuis le début de l'Occupation jusqu'au 10 janvier 1923, ainsi que depuis le 1er septembre 1924 jusqu'au 1er février 1926, et qui ont trait à des affaires concernant les Territoires Occupés, y compris la zone évacuée dite de Cologne.

b) Que les questions qui pourraient naître dans les Territoires évacués relativement aux effets des décisions prises pendant l'Occupation par la Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans, dont les Autorités allemandes ont eu connaissance, feront l'objet de la procédure de conciliation prévue ci-dessous, sub II, réserve faite des questions intéressant directement les rapports politiques, financiers et autre entre le Gouvernement allemand et les Gouvernements représentés à la Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans.

Il est cependant dès maintenant entendu qu'il ne sera pas pris de mesures ayant un effet rétroactif à l'égard des décisions susvisées et que, notamment, aucun paiement ne devra être exigé pour le passé de personnes ayant été exemptées sous le régime des décisions précitées. Néanmoins, les paiements effectués restent acquis aux Autorités qui les auront perçus.

2° au nom des Gouvernements représentés à la Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans :

a) Que dans les deux semaines qui suivront l'entrée en vigueur des arrangements, les Autorités alliées feront remettre aux Autorités allemandes les personnes de nationalité allemande détenues dans les prisons des Territoires Occupés et poursuivies ou condamnées par les Juridictions militaires pour des faits commis dans les Territoires de la Ruhr, des Têtes de Pont de Duisbourg-Ruhrort et de Düsseldorf, ou de la zone dite de Cologne.

Sont seules exceptées de cette dispositions les personnes qui ont commis un crime contre la vie des personnes et ayant entraîné la mort.

Übersetzung.

Abgesehen von den Fällen des Abs. 2 werden durch diese Zusage Dienste, die den Besatzungsbehörden geleistet, oder Beziehungen, die mit diesen Behörden unterhalten worden sind, nicht geschützt, wenn die Dienste oder die Beziehungen den Tatbestand des Hochverrats, des Landesverrats oder der Spionage erfüllen.

Diese Erklärungen haben alle Vorkommnisse im Auge, die sich in den besetzten Gebieten einschließlich der geräumten sogenannten Kölner Zone seit dem Beginn der Besetzung bis zum 10. Januar 1923 sowie seit dem 1. September 1924 bis zum 1. Februar 1926 ereignet haben und Angelegenheiten des besetzten Gebiets einschließlich der geräumten sogenannten Kölner Zone betreffen;

b) daß die Fragen, die in den geräumten Gebieten wegen der Wirkungen der während der Besetzung durch die Interalliierte Rheinlandoberkommission getroffenen und zur Kenntnis der deutschen Behörden gelangten Entscheidungen auftauchen könnten, Gegenstand des Vergleichsverfahrens sein werden, das nachstehend unter II vorgesehen ist, mit Ausnahme der Fragen, die unmittelbar die politischen, finanziellen oder sonstigen Beziehungen zwischen der Deutschen Regierung und den in der Rheinlandoberkommission vertretenen Regierungen betreffen.

Es besteht indessen schon jetzt Einverständnis darüber, daß in bezug auf die genannten Entscheidungen keine Maßnahmen mit rückwirkender Kraft ergriffen und daß insbesondere für die Vergangenheit keine Zahlungen von Personen gefordert werden sollen, die von der Zahlung unter der Herrschaft der erwähnten Entscheidungen befreit gewesen waren. Jedoch werden vereinnahmte Zahlungen nicht erstattet.

2. Seitens der in der Interalliierten Rheinlandoberkommission vertretenen Regierungen:

a) daß sie binnen 2 Wochen nach dem Inkrafttreten der Abmachungen den deutschen Behörden die deutschen Reichsangehörigen übergeben werden, die in den Gefängnissen des besetzten Gebiets in Haft sind und von den Militärgerichten wegen Taten verfolgt werden oder verurteilt worden sind, die sie im Ruhrgebiet, in den Brückenköpfen Duisburg-Ruhrort und Düsseldorf oder in der sogenannten Kölner Zone begangen haben.

Ausgenommen sind nur solche Personen, die ein Verbrechen gegen das menschliche Leben mit Todesfolge begangen haben;

b) Qu'elles accordent amnistie complète pour toutes les infractions commises dans les Territoires Occupés depuis le début de l'Occupation jusqu'au 1er février 1926, à l'exception des infractions de droit commun et des délits d'espionnage.

Il est entendu que les amendes et frais judiciaires déjà versés restent acquis.

II.

Il est entendu que : Au cas où des difficultés surgiraient dans l'application du présent arrangement et en dehors d'une entente directe à ce sujet entre les Gouvernements intéressés, la seule procédure à suivre pour aplanir ces difficultés sera la suivante : La Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans ou le Commissaire allemand pour les Territoires Occupés ou toute autre Autorité allemande désignée par son Gouvernement, engageront soit d'office, soit sur requête des intéressés, des pourparlers en vue d'une solution amiable.

Il est entendu que les Autorités saisies d'une affaire, quand un pareil cas leur est signalé et que la continuation de la procédure irait à l'encontre des présentes conventions, ne prendront aucune mesure qui placerait l'autre partie devant un fait accompli, aussi longtemps que l'affaire sera en instance de conciliation.

Si ces pourparlers n'aboutissent pas, l'affaire pourra à défaut d'autre arrangement, être soumise par l'une ou l'autre des parties à l'arbitrage selon des modalités à fixer d'un commun accord.

III.

La convention ci-dessus ne comporte pas pour les Parties contractantes l'obligation de prendre des mesures législatives.

Elle entrera en vigueur une semaine après qu'elle aura été confirmée par un échange de notes entre le Commissaire allemand pour les Territoires Occupés et le Président et les Membres de la Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans. »

En prenant acte, au nom des Gouvernements représentés à la Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans, de la communication par laquelle vous faites savoir que le Gouvernement allemand a confirmé ces propositions, nous avons l'honneur de vous aviser que ces Gouvernements confirment également, de leur côté les propositions.

Veuillez agréer, Monsieur le Reichskommissar, les assurances de notre haute considération.

signé: Kilmarnok, P. Forthomme, Paul Tirard.

Übersetzung.

b) daß sie völlige Straffreiheit für alle Straftaten gewähren, die in den besetzten Gebieten seit dem Beginn der Besetzung bis zum 1. Februar 1926 begangen sind, mit Ausnahme der Straftaten des gemeinen Rechtes und der Spionage.

Es besteht Einverständnis darüber, daß Geldstrafen und Gerichtskosten, die beglichen sind, nicht erstattet werden.

II.

Es besteht Einverständnis darüber, daß Meinungsverschiedenheiten, die sich bei der Ausführung dieses Abkommens ergeben sollten, unbeschadet der unmittelbaren Verständigung zwischen den beteiligten Regierungen nur auf folgendem Wege ausgeräumt werden: Die Interalliierte Rheinlandoberkommission oder der deutsche Reichskommissar bzw. jede andere deutsche Behörde, die von ihrer Regierung dazu bestimmt ist, werden von Amts wegen oder auf Antrag der Beteiligten in Vorbesprechungen eintreten, um eine gütliche Verständigung zu suchen.

Es besteht Einverständnis darüber, daß die mit der Sache befaßte Behörde, wenn ihr ein solcher Fall angezeigt wird und die Fortsetzung des Verfahrens den Abmachungen zuwider sein würde, keine Maßnahmen treffen wird, die den anderen Teil vor vollendete Tatsachen stellen würden, solange die oben vorgesehenen Erörterungen schweben.

Sollten die Vorbesprechungen nicht zu einer Einigung führen, so ist jeder Teil berechtigt, die Angelegenheit mangels einer anderweitigen Abrede in ein zu vereinbarendes Schiedsverfahren zu bringen.

III.

Die vorstehenden Abmachungen enthalten für die vertragschließenden Teile nicht die Verpflichtung, gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen. Die Abmachungen treten eine Woche, nachdem sie durch einen Notenaustausch zwischen dem Reichskommissar in Koblenz und dem Präsidenten und den Mitgliedern der Interalliierten Rheinlandoberkommission bestätigt worden sind, in Kraft."

Indem wir im Namen der in der Interalliierten Rheinlandoberkommission vertretenen Regierungen von Ihrer Mitteilung Kenntnis nehmen, daß die Deutsche Regierung diese Vorschläge bestätigt hat, haben wir die Ehre Sie zu benachrichtigen, daß diese Regierungen gleichfalls die Vorschläge bestätigen.

Genehmigen Sie usw. . . . . .

Das Reichsgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen — Teil I und Teil II —. **Fortlaufender Bezug** nur durch die **Postanstalten.** Der Bezugspreis beträgt für Teil I vierteljährlich 1,10 RM, für Teil II vierteljährlich 1,20 RM.

Einzelbezug jeder (auch jeder älteren) Nummer nur vom **Gesetzsammlungsamt,** Berlin NW 40, Scharnhorststr. 4. Preis für den achtseit. Bogen 15 Pf. (aus abgelauf. Jahrg. 10 Pf.). Bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. H. Preisermäßigung.

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.

Reichsgesetzblatt

625

Teil II

1926 | Ausgegeben zu Berlin, den 19. November 1926 | Nr. 44

Inhalt: Bekanntmachung zu der dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügten Liste. Vom 18. Oktober 1926 ..... S. 625

Bekanntmachung über die Ratifikation des Internationalen Abkommens zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten und des dazugehörigen Protokolls vom 3. November 1923 durch Frankreich. Vom 25. Oktober 1926 .... S. 625

Bekanntmachung über den Internationalen Verband zum Schutze des gewerblichen Eigentums. Vom 26. Oktober 1926 ..... S. 625

Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung. Vom 9. November 1926 ..... S. 625

Bekanntmachung, betreffend den Beitritt Rumäniens zur revidierten Berner internationalen Urheberrechtsübereinkunft vom 13. November 1908 und zum Zusatzprotokoll zu dieser Übereinkunft vom 20. März 1914. Vom 10. November 1926 ..... S. 626

Verordnung zur Anlage C der Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 10. November 1926 ..... S. 626

Berichtigungen zum vorläufigen Handelsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich und zu der Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saarbeckengebiete. Vom 11. November 1926 ..... S. 627

Bekanntmachung zu der dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügten Liste. Vom 18. Oktober 1926.

Die Angaben der Liste unter „Österreich", „Belgien", „Polen" und „Tschechoslowakei" sind geändert worden. Die Änderungen sind in Nr. 236 des Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeigers vom 9. Oktober 1926 enthalten.

Berlin, den 18. Oktober 1926.

Der Reichsverkehrsminister
Im Auftrag
Vogel

Bekanntmachung über die Ratifikation des Internationalen Abkommens zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten und des dazugehörigen Protokolls vom 3. November 1923 durch Frankreich. Vom 25. Oktober 1926.

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Völkerbundes hat Frankreich das am 3. November 1923 in Genf unterzeichnete Internationale Abkommen zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten sowie das dazugehörige Protokoll vom gleichen Tage (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 672) ratifiziert. Die Ratifikationsurkunde ist am 13. September 1926 im Archiv des Sekretariats des Völkerbundes in Genf hinterlegt worden, so daß das Abkommen gemäß seinem Artikel 26 Abs. 1 gegenüber Frankreich mit dem 13. Dezember 1926 Gültigkeit erhält.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Oktober 1926 im Reichsgesetzbl. II S. 581.

Berlin, den 25. Oktober 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
Köpke

Bekanntmachung über den Internationalen Verband zum Schutze des gewerblichen Eigentums. Vom 26. Oktober 1926.

Nach einer Mitteilung der Schweizerischen Regierung vom 13. März 1926 hat die Großbritannische Regierung dem Schweizerischen Bundesrate durch Note vom 25. Februar 1926 angezeigt, daß der Australische Bund den Beitritt von Papua und des Mandatsgebiets Neu-Guinea (vgl. Reichsgesetzbl. 1914 S. 257) zu der in Washington am 2. Juni 1911 unterzeichneten Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums (Reichsgesetzbl. 1913 S. 209), durch die die in Brüssel am 14. Dezember 1900 revidierte Pariser Verbandsübereinkunft vom 20. März 1883 abgeändert worden ist, ausdrücklich bekanntzugeben wünscht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Februar 1926 (Reichsgesetzbl. II S. 147).

Berlin, den 26. Oktober 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
Köpke

Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung. Vom 9. November 1926.

Der durch das Gesetz vom 18. März 1904 (Reichsgesetzbl. S. 141) vorgesehene Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen tritt ein für die vom 22. bis 26. November 1926 in der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg anläßlich der 2. Hauptversammlung der Internationalen Gesellschaft für Photogrammetrie stattfindende photogrammetrische Ausstellung.

Berlin, den 9. November 1926.

Der Reichsminister der Justiz
In Vertretung
Dr. Joël

Bekanntmachung, betreffend den Beitritt Rumäniens zur revidierten Berner internationalen Urheberrechtsübereinkunft vom 13. November 1908 und zum Zusatzprotokolle zu dieser Übereinkunft vom 20. März 1914. Vom 10. November 1926.

Nach einer Mitteilung der Schweizerischen Regierung ist Rumänien der am 13. November 1908 in Berlin geschlossenen revidierten internationalen Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst (Reichsgesetzbl. 1910 S. 965) und dem Berner Zusatzprotokolle zu dieser Übereinkunft vom 20. März 1914 (Reichsgesetzbl. 1920 S. 137) beigetreten.

Der Beitritt, der am 1. Januar 1927 wirksam werden soll, erfolgt unter dem Vorbehalte, daß an Stelle der Vorschriften des Artikel 9 der Berner revidierten Übereinkunft, betreffend den Abdruck von Artikeln aus Zeitungen und periodischen Zeitschriften, die Vorschriften des Artikel 7 der ursprünglichen Übereinkunft von 1886 treten sollen.

Berlin, den 10. November 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
von Schubert

Verordnung zur Anlage C der Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 10. November 1926.

Die Anlage C zur Eisenbahn-Verkehrsordnung wird wie folgt geändert:

Bei Randziffer 62 werden in Abs. (4) b) die Worte „bis zu zwei Dritteln des Ladegewichts des verwendeten Wagens" gestrichen.

Die Angaben bei Randziffer 69 werden gefaßt:

2. A. Sprengkräftige Zündungen.
   a) Sprengkapseln (auch mit Zeitzündung).
   b) Sprengkapseln mit elektrischen Zündern (auch mit Zeitzündung).
   c) Sprengkapseln in fester Verbindung mit Schwarzpulverzündschnur.
   d) Sprengkapseln mit Verzögerung und Zündhütchen (Echolotpatronen).
   e) Sprengkapseln in Verbindung mit einer Übertragungsladung aus gepreßtem Sprengstoff, nicht gefährlicher als Tetranitromethylanilin, sogenannte Zündladungen (Detonatoren).
   f) Sprengkapseln in Geschoßzündern mit und ohne Übertragungsladung.

   B. Lotkapseln (Sprengkapseln mit Zündhütchen, eingeschlossen in Blechgehäusen — Freilote oder Lotbomben —).

Bei Randziffer 74 wird

1. in der Überschrift hinter den Worten „und dergleichen," eingeschaltet:
   Tetrylhülsen,
2. der Schluß der Aufzählung gefaßt:
   Sprengkörper, Bohrpatronen, Tetrylhülsen.

Bei Randziffer 80 wird

1. die Überschrift gefaßt:
   Zu 2A. Sprengkräftige Zündungen
2. als neuer Unterabschnitt d) eingeschaltet:
   d) Sprengkapseln mit Verzögerung und Zündhütchen (Echolotpatronen) sind zu je 50 Stück in der von der herstellenden Fabrik eingeführten Packung und zu höchstens 10 solcher Packungen in einer haltbaren Holzkiste sicher festzulegen. Ein Muster der Packung muß bei der Chemisch-Technischen Reichsanstalt hinterlegt und von dieser als zulässig anerkannt sein.

   Im übrigen gelten die Vorschriften für Sprengkapseln unter a).
3. der bisherige Unterabschnitt d) in e) und der bisherige Unterabschnitt e) in f) geändert,
4. am Schlusse (hinter dem bisherigen Unterabschnitt e — künftig f —) nachgetragen:
   Zu 2. B. Lotkapseln (Sprengkapseln mit Zündhütchen, eingeschlossen in Blechgehäusen — Freilote oder Lotbomben —) sind zu je 24 Stück in der von der herstellenden Fabrik eingeführten Packung und zu höchstens 20 solcher Packungen in einer haltbaren Holzkiste sicher festzulegen. Die Kiste muß auf dem Deckel in roten Buchstaben die deutliche und haltbare Aufschrift tragen:
   „Lotkapseln Ib"
   Die in dem Blechgehäuse eingeschlossene Sprengkapsel muß zur Beförderung zugelassen sein. Ein Muster der Packung muß bei der Chemisch-Technischen Reichsanstalt hinterlegt und von dieser als zulässig anerkannt sein.

Bei Randziffer 85 wird am Schlusse des ersten Absatzes angefügt:

Tetrylhülsen (Kupferhülsen mit höchstens 0,7 g Tetranitromethylanilin) sind zu je 100 Stück in Blechschachteln einzusetzen; von diesen Blechschachteln sind höchstens 100 Stück in eine starke, dichte, sicher zu verschließende Holzkiste so einzusetzen, daß sie sich nicht verschieben können.

Bei Randziffer 91 wird der dritte Absatz gefaßt:

Dieser hat außerdem zu bestätigen:

bei Sprengkapseln mit Verzögerung und Zündhütchen (Echolotpatronen) — Ziffer 2. A. d) — und bei Lotkapseln (Sprengkapseln mit Zündhütchen, eingeschlossen in Blechgehäusen — Freiloten oder Lotbomben —) — Ziffer 2. B. —, daß ein Muster der gewählten inneren Packung bei der Chemisch-Technischen Reichsanstalt hinterlegt und von dieser als zulässig anerkannt ist,

bei detonierenden Zündschnüren . . . usw. wie bisher.

Bei Randziffer 93 wird der Eingang gefaßt:

Sprengkräftige Zündungen I b. (Ziffer 2. A.) dürfen nicht . . . usw. wie bisher.

Bei Randziffer 95 (unter 2. d)) und bei Randziffer 107 wird das Wort „Knallkapseln" ersetzt durch: Knallscheiben.

Bei Randziffer 103 wird der Abs. δ gefaßt:

δ) Knallscheiben zu höchstens 5 Stück in eine Pappschachtel mit übergreifendem Deckel. Je 5 Schachteln sind in Papier einzurollen. Je 20 solcher Rollen sind in einem Paket und je 2 Pakete in einem Karton aus starker Pappe mit übergreifendem Deckel zu vereinigen. Der Deckel ist auf dem Schachtelunterteile durch Überkleben eines haltbaren Papierstreifens sicher zu befestigen. Eine Kiste darf höchstens 50 Kartons enthalten.

Bei Randziffer 133 wird die Ziffer 7 gefaßt:

7. Kupfervitriol (Blaustein) und Mischungen von Kupfervitriol mit Kalk, Soda oder dergleichen (Pulver zur Herstellung von Bordelaiser Brühe oder dergleichen) sowie kieselfluorwasserstoffsaure Salze.

Berlin, den 10. November 1926.

Der Reichsverkehrsminister

In Vertretung

Gutbrod

Berichtigungen zum vorläufigen Handelsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich und zu der Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saarbeckengebiete. Vom 11. November 1926.

I. In dem im Reichsgesetzblatt II Nr. 37 S. 435 veröffentlichten vorläufigen Handelsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich vom 5. August 1926 sind folgende Berichtigungen vorzunehmen:

S. 436, französischer Wortlaut, Article 3, Zeile 2. Statt „droits et" ist zu setzen „droits ou";

S. 438, deutscher Wortlaut, Abs. 5, drittletzte Zeile. Statt „und" ist zu setzen „oder". Abs. 5, vorletzte Zeile. Statt „oder" ist zu setzen „und";

S. 448, Spalte 2 (aus 166/167). In der Überschrift ist das Komma hinter „Fette" zu streichen;

S. 449, Spalte 2 (ex 166/7). In der Überschrift ist das Komma hinter „huiles" zu streichen;

S. 470, Tarifnummer 541, Spalte 1. Vor „541" ist zu setzen „aus";

S. 471, Spalte 2, Zeile 1. Vor „Chapeaux" ist zu setzen „(534/5)";

Tarifnummer 539, Spalte 4, Zeile 2. Statt „3,00" ist zu setzen „par pièce 3,—";

Tarifnummer 541, Spalte 1. Vor „541" ist zu setzen „ex";

Tarifnummer 562, Spalte 4. Über „600" ist zu setzen „par quintal métrique";

S. 473, Tarifnummer ex 879, Spalte 2. Der Wortlaut ist wie folgt zu ändern „Carburateurs en cuivre, tombac ou laiton, vernis, colorés ou nickelés à moins qu'ils ne soient soumis à des droits plus élevés du fait de la combinaison desdites matières avec d'autres";

S. 501, Tarifnummer ex 505, Zeile 5 und Zeile 7. Hinter „compteurs" ist jeweils einzuschalten „d'électricité";

S. 503, Tarifnummer ex 519 bis, Spalte 2, Zeile 2. Statt „tetirets" ist zu setzen „tirettes";

S. 504, Tarifnummer aus 524 bis, Spalte 2, Zeile 3. Die Worte „von 15 bis 200 KW-Leistung," sind zu streichen;

S. 506, Tarifnummer 545 bis, Spalte 2. Statt „Stricknadeln" ist zu setzen „Sticknadeln";

S. 512, Tarifnummer (noch aus 568), Spalte 2, Zeile 4. Statt „verzinnt" ist zu setzen „verzinkt"; Zeile 7. Statt „verzinnt und lackiert" ist zu setzen „verzinnt-bemalt, verzinnt-lackiert";
Tarifnummer 569, Spalte 2, Zeile 4. Statt „Fleischpressen" ist zu setzen „Fleischhackmaschinen";

S. 515, Tarifnummer 590, Spalte 2, Zeile 2. In Kopfhöhe des Schlußwortes „courbé" ist hinzuzufügen „(1)"; unter den Wortlaut der Tarifnummer ist folgende Anmerkung zu setzen „(1) Voir le protocole de signature";

S. 518, Tarifnummer 620 bis, Spalte 2, letzte Zeile. Statt „Spitzen aus Asbest" ist zu setzen „Spitzen aus Amiant";

S. 525, deutscher Wortlaut, Zu Artikel 1. Der letzte Satz hat wie folgt zu lauten: „In Zweifelsfällen sind die deutschen Verwaltungsbehörden berechtigt, den Untersuchungsbefund nachzuprüfen.";

S. 527, deutscher Wortlaut, „B. Ausfuhr aus dem deutschen Zollgebiet usw.", Zeile 1. Statt „Die deutschen Waren" ist zu setzen „Die Waren deutschen Ursprungs und deutscher Herkunft";

S. 528, französischer Wortlaut, Tarifnummer ex 223, Spalte 2, Zeile 2. Statt „de zinc" ist zu setzen „d'étain";

S. 529, deutscher Wortlaut, Tarifnummer aus 301 bis. Statt „sogenannte Patent- und Künstlerstifte" ist zu setzen „Schreibstifte";
deutscher Wortlaut, Tarifnummer 476, 577, 578. Spalte 2. Das Zeichen „usw." je am Schlusse ist zu streichen;

II. In der im Reichsgesetzblatt II Nr. 37 S. 534 veröffentlichten Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saarbeckengebiete vom 5. August 1926 sind folgende Berichtigungen vorzunehmen:

S. 548, deutscher Wortlaut, Abs. 4, Zeile 5. Statt „den Listen A und B" ist zu setzen „der Liste B"; französischer Wortlaut, Abs. 4, letzte Zeile. Statt „aux listes A et B" ist zu setzen „à la liste B"; französischer Text, Abs. 6, Zeile 1. Statt „liste B" ist zu setzen „liste A".

Berlin, den 11. November 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen

In Vertretung

Köpke

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.

Reichsgesetzblatt

Teil II

1926 | Ausgegeben zu Berlin, den 21. November 1926 | Nr. 45

Inhalt: Gesetz über das vorläufige Handelsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich. Vom 19. November 1926 S. 629

Verordnung der Reichsregierung über die weitere Anwendung des vorläufigen Handelsabkommens zwischen Deutschland und Frankreich. Vom 19. November 1926 ..... S. 629

Gesetz über die Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich vom 5. August 1926 über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saarbeckengebiete. Vom 19. November 1926 ..... S. 629

Verordnung der Reichsregierung über die weitere Anwendung der Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich vom 5. August 1926 über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saarbeckengebiete. Vom 19. November 1926 ..... S. 630

Gesetz über das vorläufige Handelsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich. Vom 19. November 1926.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Dem in Paris am 5. August 1926 unterzeichneten vorläufigen Handelsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich sowie dem zugehörigen Zeichnungsprotokoll vom gleichen Tage wird zugestimmt.

Das vorläufige Handelsabkommen und das Zeichnungsprotokoll sind durch Verordnung der Reichsregierung vom 14. August 1926 im Reichsgesetzbl. II S. 435 veröffentlicht und vorläufig in Anwendung gesetzt worden.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Der Tag, an dem das Abkommen sowie das Zeichnungsprotokoll und die Zusatzerklärungen vom 5. August 1926 in Kraft treten, soll im Reichsgesetzblatt bekanntgemacht werden.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, das am 21. August 1926 für die Dauer von drei Monaten vorläufig in Anwendung gesetzte Abkommen für die Dauer von weiteren drei Monaten anzuwenden.

Berlin, den 19. November 1926.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichsminister des Auswärtigen
Dr. Stresemann

Verordnung der Reichsregierung über die weitere Anwendung des vorläufigen Handelsabkommens zwischen Deutschland und Frankreich. Vom 19. November 1926.

Auf Grund des Artikel 2 des Gesetzes über das vorläufige Handelsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich vom 19. November 1926 (Reichsgesetzbl. II S. 629) wird hiermit verordnet:

Das nach der Verordnung der Reichsregierung vom 14. August 1926 (Reichsgesetzbl. II S. 435) vom 21. August 1926 ab für die Dauer von drei Monaten vorläufig in Anwendung gesetzte vorläufige Handelsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich vom 5. August 1926 nebst Zeichnungsprotokoll und Zusatzerklärungen ist für die Dauer von weiteren drei Monaten anzuwenden.

Berlin, den 19. November 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen
Dr. Stresemann

Gesetz über die Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich vom 5. August 1926 über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saarbeckengebiete. Vom 19. November 1926.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Der in Paris am 5. August 1926 unterzeichneten Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saarbeckengebiete sowie dem zugehörigen Zeichnungsprotokoll vom gleichen Tage wird zugestimmt.

Die Vereinbarung und das Zeichnungsprotokoll sind durch Verordnung der Reichsregierung vom 14. August 1926 im Reichsgesetzblatt II S. 534 veröffentlicht und vorläufig in Anwendung gesetzt worden.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Der Tag, an dem die Vereinbarung sowie das Zeichnungsprotokoll vom 5. August 1926 in Kraft treten, soll im Reichsgesetzblatt bekanntgemacht werden.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, die am 21. August 1926 für die Dauer von drei Monaten vorläufig in Anwendung gesetzte Vereinbarung für die Dauer von weiteren drei Monaten anzuwenden.

Berlin, den 19. November 1926.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichsminister des Auswärtigen
Dr. Stresemann

Verordnung der Reichsregierung über die weitere Anwendung der Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich vom 5. August 1926 über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saarbeckengebiete. Vom 19. November 1926.

Auf Grund des Artikel 2 des Gesetzes über die Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich vom 5. August 1926 über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saarbeckengebiete vom 19. November 1926 (Reichsgesetzbl. II S. 629) wird hiermit verordnet:

Die nach der Verordnung der Reichsregierung vom 14. August 1926 (Reichsgesetzbl. II S. 534) vom 21. August 1926 ab für die Dauer von drei Monaten vorläufig in Anwendung gesetzte Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich vom 5. August 1926 über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saarbeckengebiete nebst Zeichnungsprotokoll ist für die Dauer von weiteren drei Monaten anzuwenden.

Berlin, den 19. November 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen
Dr. Stresemann

Das Reichsgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen — Teil I und Teil II —. **Fortlaufender Bezug** nur durch die **Postanstalten**. Der Bezugspreis beträgt für Teil I vierteljährlich 1,10 RM, für Teil II vierteljährlich 1,20 RM.

Einzelbezug jeder (auch jeder älteren) Nummer nur vom **Gesetzsammlungsamt**, Berlin NW 40, Scharnhorststr. 4. Preis für den achtseit. Bogen 15 Pf. (aus abgelauf. Jahrg. 10 Pf.). Bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. H. Preisermäßigung.

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.

Reichsgesetzblatt

Teil II

1926	Ausgegeben zu Berlin, den 26. November 1926	Nr. 46

Inhalt: Gesetz über den Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Lettländischen Republik zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland. Vom 19. November 1926 ..... S. 631

Gesetz über das vorläufige Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Finnland. Vom 19. November 1926 ..... S. 638

Gesetz über den Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Lettländischen Republik zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland. Vom 19. November 1926.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Dem in Riga am 28. Juni 1926 unterzeichneten Vertrage zwischen dem Deutschen Reiche und der Lettländischen Republik zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland sowie dem dazugehörenden Schlußprotokoll vom gleichen Tage wird zugestimmt.

Der Vertrag und das Schlußprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Der Tag, an dem der Vertrag und das Schlußprotokoll gemäß Artikel VII des Vertrags in Kraft treten, ist im Reichsgesetzblatt bekanntzumachen.

Berlin, den 19. November 1926.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichsminister des Auswärtigen
Dr. Stresemann

(Vierzehnter Tag nach Ablauf des Ausgabetags: 10. Dezember 1926)

Vertrag

zwischen dem Deutschen Reich und der Lettländischen Republik zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland.

Das Deutsche Reich und die Lettländische Republik sind übereingekommen, zur weiteren Ausgestaltung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen einen Vertrag abzuschließen.

Zu diesem Zweck sind zu Bevollmächtigten bestellt:

für das Deutsche Reich:

der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister

Dr. Adolph Köster

für die Lettländische Republik:

der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten

Karlis Ulmanis,

welche nach Vorlegung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten Nachstehendes vereinbart haben:

Artikel I.

Die beiden vertragschließenden Parteien gestehen sich gegenseitig die uneingeschränkte Meistbegünstigung in ihren Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, in der Seeschiffahrt und der Niederlassung, jedoch vorbehaltlich der Regelung des Paßwesens und des Schutzes der heimischen Arbeitsmärkte zu. Auf die Küstenschiffahrt findet die Meistbegünstigung nur unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit Anwendung. Hieraus ergeben sich insbesondere die folgenden gegenseitigen Rechtsbeziehungen:

§ 1.

Die Meistbegünstigung umfaßt den Schutz des gewerblichen Eigentums (Erfindungspatente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster oder Modelle, Fabrik- oder Handelsmarken, Handelsnamen, Herkunftsbezeichnungen und Unterdrückung des unlauteren Wettbewerbs) sowie die Urheberrechte an Werken der Literatur und Kunst. Sie bezieht sich ferner auf die Höhe der Zölle, dergestalt, daß für die beiderseitigen Erzeugnisse die jeweilig den gleichartigen Erzeugnissen eines anderen Landes gewährten niedrigsten Zollsätze gelten, sowie auf Abgaben jeglicher Art, auf die Erhebung und Einziehung der Zölle und Abgaben und die damit verbundenen Förmlichkeiten, ferner auf die Behandlung der beiderseitigen Handlungsreisenden und den Musterverkehr und auf die Beförderung von Personen und Gütern auf dem Land-, Wasser- und Luftwege.

§ 2.

Die Angehörigen eines jeden der vertragschließenden Teile sollen, soweit nicht der gegenwärtige Vertrag Ausnahmen enthält, im Gebiete des anderen Teiles in Bezug auf Handel und Gewerbe dieselben Privilegien, Befreiungen und Begünstigungen aller Art genießen und keinen höheren oder anderen Abgaben unterworfen sein als die Angehörigen irgendeines dritten Staates.

Līgums

starp Vācijas Valsti un Latvijas Republiku saimniecisko attiecību nokārtošanai starp Vaciju un Latviju.

Vācijas Valsts un latvijas Republika savstarpējo saimniecisko attiecību tālākai izveidošanai vienojušās noslēgt sekošo līgumu.

Šim nolūkam iecelti par pilnvarotiem:

no Vācijas Valsts puses:

Vācijas ārkārtējais sūtnis un pilnvarotais ministrs Latvijā

Dr. Adolph Köster,

no Latvijas Republikas puses:

Ārlietu ministrs

Kārlis Ulmanis,

kuŗi pēc savu piluvaru priekšāstādīšanas, kas atrastas labā un pienācīgā formā, vienojās par sekošo:

I. pants.

Abas līgumslēdzējas valstis piešķir viena otrai neaprobežotu vislielāku labvēlību viņu tirdzniecīskās un saimnieciskās attiecībās, jūŗās kuģniecībā un zīmējoties uz nomošanos uz dzīvi, neaizskarot tomēr pasu lietu nokārtošanu un nacionalo darba tirgu aizsardzību. Uz piekrastes kuģniecību vislielāgā labvēlība attiecināma vienīgi zem savstarpības nosacījuma. No šā izriet īpaši sekošas savstarpējās tiesiskās attiecības:

§ 1.

Vislielākā labvēlība aptver rūpnieciska īpašuma aizsardzības (izgudrojuma patentu, lietošanos paraugu, rūpniecisku paraugu vai modeļu, fabrikas vai tirdzniecības marku, firmas nosaukumu, izcelšanās vietas apzīmējumu aizsardzību un negodīgas sacensības apkaŗošanu), kā arī autora tiesības uz literaturas un mākslas darbiem. Viņa attiecās joprojam uz muitas augstumu, tādējādi, ka uz abu valstu ražojumiem ir attiecināmas taī laikā citas zemes līdzīgas šķirās ražojumiem piešķirtās viszemākās muitas likmes, kā arī uz visāda veida nodevām, uz muitas un nodevu ņemšanu un piedzīšanu un ar to saistītām formalitātēm, tālāk uz abu valstu aģentu-ceļotāju tiesībām, uz paraugu satiksmi un uz personu un mantu pārvadāšanu pa zemes, ūdens un gaisa ceļiem.

§ 2.

Katras līgumslēdzējas valsts piederīgie bauda, cik tāļi šis līgums nesatur izņēmumus, otras līgumslēdzējas valsts teritorijā zīmējoties uz tirdzniecību un rūpniecību tās pašas visāda veida privileģijas, brīvības un labvēlības un nav padoti augstākām vai citādām nodevām, kā kaut kādas trešas valsts piederīgie.

Die Bestimmungen des Abs. 1 beschränken nicht das Recht des einen der vertragschließenden Teile, einem Angehörigen des anderen Teiles den Aufenthalt auf seinem Staatsgebiete zu verbieten, soweit solches auf Grund der Landesgesetze im Interesse der inneren und äußeren Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, der sozialen Fürsorge oder aus sanitären oder sittenpolizeilichen Gründen erforderlich erscheint.

§ 3.

Die Angehörigen eines jeden der vertragschließenden Teile sollen, im Rahmen der jeweiligen Landesgesetze, berechtigt sein:

a) im Gebiete des anderen Teiles bewegliches und unbewegliches Vermögen unter Lebenden und von Todes wegen zu Eigentum zu erwerben und zu nutzen, dingliche und andere Rechte daran zu erwerben und zu bestellen sowie darüber durch Veräußerung oder sonstwie unter Lebenden und von Todes wegen zu verfügen, soweit die entsprechenden Rechte den Angehörigen eines dritten Staates zugestanden werden,

b) ihr Vermögen und den Erlös aus der Liquidation ihres Vermögens, ganz oder teilweise ungehindert auszuführen — sofern und insoweit dieselben Rechte durch den anderen vertragschließenden Teil gewährt werden —, ohne anderen oder höheren Abgaben unterworfen zu sein als Angehörige eines dritten Staates unter den gleichen Verhältnissen.

§ 4.

Die Angehörigen eines jeden der vertragschließenden Teile sollen freien Zutritt zu den Gerichten und den diesen gleichgestellten Behörden haben, zur Verfolgung und Vertretung ihrer Rechte, und in dieser Hinsicht alle Rechte und Befreiungen genießen, die den Inländern zustehen. Sie sollen wie diese befugt sein, sich in jeder Rechtslage der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Bevollmächtigten oder Beistände zu bedienen.

§ 5.

Aktiengesellschaften und andere Gesellschaften kommerzieller, industrieller oder finanzieller Art, die in dem Gebiete des einen der vertragschließenden Teile ihren Sitz haben und nach dessen Gesetzen zu Recht bestehen, werden auch in dem Gebiete des anderen Teiles als zu Recht bestehend anerkannt, ebenso werden sie nach jenen Gesetzen in Ansehung der Geschäftsfähigkeit und des Rechts, vor Gericht aufzutreten, beurteilt.

Ihre Gründung und Zulassung zum Betrieb kommerzieller, industrieller oder finanzieller Geschäfte auf dem Gebiete des anderen Teiles bestimmt sich nach den dort jeweils geltenden Gesetzen und Bestimmungen. Doch sollen sie in dem Gebiete des anderen Teiles nach erfolgter Zulassung jedenfalls dieselben Rechte und Vorteile genießen, die den gleichartigen Gesellschaften irgendeines dritten Staates zustehen oder zugestanden werden.

§ 6.

Die Angehörigen jedes vertragschließenden Teiles sind in dem Gebiete des anderen Teiles von jedem Militärdienst im Heer, in der Flotte und im Luft-

1. rindkopas noteikumi neaprobežo vienas līgumslēdzējas valsts tiesību, aizliegt otras līgumslēdzējas valsts piederīgam uzturēties viņas teritorijā, cik tāļi tas uz attiecīgas valsts likumu pamata būtu vajadzīgs iekšējas un ārējas drošības, sabiedriskas kārtības, socialās apgādības labā vai aiz sanitāriem vai tikumības uzraudzības iemesliem.

§ 3.

Katras līgumslēdzējas valsts piederīgiem ir tiesība attiecīgas valsts taī laikā spēkā esoso likumu robežās:

a) iegūt kū īpašumu un lietot otras valsts teritorijā kustamu un nekustamu mantību darijumos starp dzīviem un nāves gadījumā, iegūt un piešķirt zīmējoties uz viņu lietiskas un citādas tiesības, atsavināt to vai citādi rīkoties ar viņu darījumos starp dzīviem vai nāves dadījumā, cik tāļi attiecīgās tiesības tiek piešķirtas trešas valsts piederīgiem,

b) brīvi izvest visumā vai daļā viņu mantību w. maksu, kas saņemta likvidējot viņu mantību, — ja un cik tāļi otra līgumslēdzēja valsts piešķir tādas pat tiesības, — nemaksājot citas vai augstākas nodevas, nekā trešas valsts piederīgi tādos pat apstākļos.

§ 4.

Katras līgumslēdzējas valsts piederīgiem tiesas un viņām līdzīgi nostādītas iestādes ir brīvi piecjamas savu tiesību prasīšanai un aizstāvēšanai un viņi bauda šaī ziņā visas tiesības un brīvības, kuras piešķirtas pašas valsts piederīgiem. Viņiem ir tiesība līdzīgi pēdējiem izlietot katrā lietas stāvoklī attiecīgas valsts likumos paredzētos advokatus, pilnvarniekus vai aizstāvjus.

§ 5.

Akciju sabiedrības un citas tirdznieciskas, rāpnieciskas vai finansielas sabiedrības, kuŗu miteklis atrodās vienas līgumslēdzējas valsts teritorijā, un kuŗas likumīgi pastāv saskaņā ar šās valsts likumiem, tiek atzītas par likumīgi pastāvošām arī otras līgumslēdzējas valsts teritorijā; tāpat ir nosakami saskaņā ar minētiem likumiem viņu spējīgums noslēgt darījumus un tiesību uzstāties tiesas priekšā.

Viņu dibināšana un tiesība nodarboties ar tirdznieciskiem, rūpnieciskiem vai finansieliem veikaliem otras līgumslēdzējas valsts teritorijā ir nosakamas saskaņā ar tur taī laikā spēkā esošiem likumiem un noteikumiem. Tomēr pēc tam, kad tās pielaistas pie nodarbošanās, viņas bauda otras līgumslēdzējas valsts teritarijā katrā ziņā tādas pat tiesības un priekšrocības, kādas piešķirtas vai varētu piešķiat kaut kuŗas trešas valsts līdzīga veida sabiedrībām.

§ 6.

Katras līgumslēdzējas valsts piederīgie ir otras līgumslēdzējas valsts teritorjā atsvabināti no katras karaklausības armijā, flotē un aeronautikā, kā

dienst sowie im Landsturm oder in einem anderen militärisch eingerichteten Verbande befreit. Ebenso sind sie von jedem öffentlichen Zwangsdienst bei Gerichts-, Verwaltungs- und Gemeindebehörden, von allen Requisitionen oder militärischen Leistungen und allen Geld- oder Naturalleistungen, die als Ablösung für persönliche Dienstleistungen auferlegt werden, sowie von Zwangsanleihen und Kontributionen befreit.

Ausgenommen sind jedoch die mit dem Besitz, der Miete oder der Pacht von Grundstücken verbundenen Lasten sowie die Leistungen und militärischen Requisitionen, zu denen die Inländer als Eigentümer, Mieter oder Pächter von Grundstücken herangezogen werden können.

Im Falle der vorstehend behandelten Requisitionen sowie im Falle von Enteignungen aus Gründen des öffentlichen Nutzens, die im Gebiet eines der vertragschließenden Teile stattfinden, sollen die Angehörigen des anderen Teiles nicht ungünstiger behandelt werden als die Inländer oder die Angehörigen der meistbegünstigten Nation.

§ 7.

Die zwischen den vertragschließenden Teilen vereinbarten Bestimmungen über die Gewährung der Meistbegünstigung berühren nicht:

a) die Begünstigungen, welche angrenzenden Staaten zur Erleichterung des örtlichen Verkehrs innerhalb der beiderseitigen Grenzbezirke (in der Regel innerhalb einer Strecke bis zu 15 km beiderseits der Grenze) gewährt sind oder in Zukunft gewährt werden;

b) die Begünstigungen, die von einem der beiden vertragschließenden Teile einem dritten Staate auf Grund einer bestehenden oder künftighin vereinbarten Zollvereinigung zugestanden werden;

c) die Begünstigungen, die Lettland an Finnland, Estland oder Litauen auf Grund besonderer Abmachungen gewährt. Das gleiche gilt hinsichtlich solcher Begünstigungen, die Lettland an die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf Grund besonderer Konventionen oder Zollabkommen gewährt.

Die Einräumung dieser Begünstigungen kann Deutschland nur dann beanspruchen, wenn sie auch dritten Staaten zugestanden werden;

d) diejenigen Begünstigungen, die einer der vertragschließenden Teile in Verträgen zur Ausgleichung der in- und ausländischen Besteuerung, insbesondere zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern und der Abgaben von Todes wegen sowie in Verträgen über die Gewährung von Rechtsschutz und Rechtshilfe in Steuersachen einem anderen Staate zugesteht.

Artikel II.

In Ansehung der Ein-, Aus- und Durchfuhr wird folgendes bestimmt:

§ 1.

Der gegenseitige Warenverkehr soll nach Möglichkeit durch keinerlei Ein- und Ausfuhrverbote oder -beschränkungen gehemmt werden.

arī zemes sargos vai citā militariski iekārtotā savienība. Viņi tāpat ir atsvabināti no katra publiska spaidu dienesta tiesas, parvaldības un municipalās iestādēs, no visām rekvizicijām vai militariskām klaušām un visām klaušām naudā vai graudā, kuŗes uzliek personīga dienesta atvietošmai, kā arī no spaidu aizņēmumien un kontribucijām.

Izņamti ir romēr ar zemes gabalu valdīšanu, īri vai nomu savienotās klaušas, kā arī klaušas un militarās rekvizicijas, kuŗām var tikt padoti pašas valsts piederīgie kā zemes gabalu īpašnieki, īrnieki vai nomnieki.

Augšminēto rekviziciju gadījumos, kā arī atsavināšanas gadījumos publiskā labā, kuŗi notiek vienas līgumslēdzējas valsts teritorijā, otras valsts piederīgie nevar tikt nostādīti sliktāki kā pašas valsts piederīgie, vai kā vislielāko labvēlību baudošas valsts piederīgie.

§ 7.

Noteikumi par vislielākās labvēlības piešķiršanu, par kumiem vienojušās līgumslēdzējas valstis, neattiecās uz.

a) priekšrocībām, kas piešķirtas vai turpmāk tiktu piešķirtas kaimiņvalstīm, lai atvieglinātu vietējo satiksmi abu līgumslēdzēju valstu pierobežas joslās (vispārīgi līdz 15 klm atstatumā abās pusēs no robežas);

b) priekšrocībām, kuŗas viena no abām līgumslēdzējām valstīm piešķir kādai trešai valstij uz pastāvošas vai turpmāk nodibināmas mitas savienības pamata;

c) priekšrocībām, kuŗas Latvija piešķir Somijai, Igaunijai vai Lietavai uz sevišķu nolīgumu pamata. Tas pats ir spēkā attiecoties uz tādām priekšrocībām, kādas Latvija piešķir Socialistisko Padomju Republiku Savienībai uz sevišķu konvenciju vai muitas nolīgumu pamata.

Šo priekšrocību piešķiršsnu Vācija var sev pieprasīt vienīgi tad, ja viņas piešķer arī trešām valstīm;

d) priekšrocībām, kuŗas viena no līgumslēdzējām valstīm piešķir kādai trešai valstij līgumos iekš-un ārzemes nodokļu aplikšanas izlīdzināšanai, īpaši divkārtējās nodokļu aplikšanas novēršanai zīmējoties uz tiešiem nodokļiem un mantojuma nodevām, kā arī līgumos par tiesību aizsardzības un tiesas palīdzības piešķiršanu nodokļu lietās.

II. pants.

Attiecībā uz ievedumu, izvedumu un transitu vienojās par šekošo:

§ 1.

Savstarpējā preču satiksma pēc iespējas nav ierobežojama ne ar kādiem ieveduma un ieveduma aizliegumiem vai aprobežojumiem.

§ 2.

Ausnahmen von dem Grundsatz des § 1 sollen in folgenden Fällen zulässig sein, vorausgesetzt, daß sie auf alle Länder oder doch auf alle diejenigen Länder angewendet werden, bei denen die gleichen Voraussetzungen zutreffen:

a) in bezug auf Waffen, Munition und Kriegsgerät und unter außerordentlichen Umständen auch in bezug auf anderen Kriegsbedarf,
b) aus Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit,
c) aus Gründen der Gesundheitspolizei oder zum Schutze von Tieren oder Nutzpflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge,
d) in bezug auf Waren, die im Gebiet eines der vertragschließenden Teile den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden oder bilden werden und zu dem Zweck, um für fremde Waren alle anderen Verbote oder Beschränkungen durchzuführen, die durch die innere Gesetzgebung für die Erzeugung, den Vertrieb, die Beförderung oder den Verbrauch gleichartiger einheimischer Waren im Inlande festgesetzt sind oder festgesetzt werden.

§ 3.

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, für die Durchfuhr durch ihr Gebiet die Bestimmungen des am 20. April 1921 in Barcelona abgeschlossenen Übereinkommens und Statuts über die Freiheit des Durchgangsverkehrs anzuwenden.

Artikel III.

Über den wechselseitigen Eisenbahnverkehr sind die aus der Anlage A ersichtlichen Bestimmungen vereinbart worden. Beide Teile behalten sich vor, erforderlichenfalls im unmittelbaren Benehmen neue Bestimmungen über den wechselseitigen Eisenbahnverkehr zu treffen.

Artikel IV.

Die vertragschließenden Teile behalten sich vor, Vereinbarungen zu treffen über:

a) Zoll-, Schiffahrts- (Fluß- und Seeschiffahrts-), Luft- und Automobilverkehr,
b) den gegenseitigen Schutz des geistigen und gewerblichen Eigentums,
c) das Konsularwesen,
d) die gegenseitige Rechtshilfe, auch in Steuersachen (Steuerermittelungs-, Steuerfestsetzungs-, Steuerrechtsmittel-, Steuerbeitreibungs- und Steuerstrafsachen) und ferner über den Ausschluß der Doppelbesteuerung.

Artikel V.

Etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden vertragschließenden Teilen über die Anwendung und die Auslegung dieses Vertrages sollen von einem gemischten Schiedsgericht entschieden werden. Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet und soll sich aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der beiden Teile zusammensetzen. Falls die beiderseitigen Vertreter sich nicht einigen, werden sie einen neutralen Obmann hinzuziehen, um dessen Benennung nötigenfalls der Vorsitzende des internationalen ständigen Gerichtshofs in Haag ersucht wird.

§ 2.

Izņēmumi no 1. §. uzstādītā principa ir pielaižami sekošos gadījumos, ja tos piemēro zīmējoties uz visām valstīm vai vismaz tām valstīm, uz kurām attiecas tie paši nosacījumi:

a) attiecoties uz ieročiem, municiju un kara rīkiem un ārkārtējos apstākļos arī attiscoties uz citiem kara piederumiem,
b) sabiedriskas drošības labā,
c) sanitaras uzraudzības labā vai kustoņu un derīgu stādu aizsardzībai pret slimībām un kaitekļiem,
d) attiecoties uz precēm, kuras vienas līgumslēdzējas valsts teritorijā pieder vai piederēs pie valsts monopola un visu pārējo aizliegumu vai aprobešojumu izvešanai attiecoties uz ārvalstu precēm, kuras tekšējā likumdošana noteic vai noteiks līdzīgas šķiras iekšzemes preču režošanai, pārdošanai (apgrozībai), pārvadāšanai vai patēriņam iekšzemē.

§ 3.

Līgumslēdzējas valstis apņemās piemērot attiecībā uz transitu caur viņu teritorijām 1921. g. 20. aprilī Barcelonā noslēgtās konvencijas un statuta par transita satiksmes brīvību noteikumus.

III. pants.

Attiecoties uz savstarpējo dzelzsceļu satiksai vienojās par pielikumā A minētiem noteikumiem. Abas puses patur sev tiesību vajadzības gadījumā tiašā saziņā izdot jaunus noteikumus par savstarpējo dzelzsceļu satikami.

IV. pants.

Līgumslēdzējas valstis patur sav tiesību noslēgt līgumus par:

a) muitas, kuģniecības (upes un jūras kuģniecības), gaisa un automobiļu satiksmi,
b) garīgā un rūpnieciskā īpašuma savstarpēju aizsardzību,
c) konsularām lietām,
d) savstarpējo juridisko palīdzību, arī nodokļu lietās (nodokļu izziņas, nodokļu noteikšanas, nodokļu pārsūdzības, nodokļu piedzīšanas un nodokļu sodu lietās) un tāļāk par divkārtējās nodokļu aplikšanas novēršanu.

V. pants.

Domstarpības abu līgumslēdzēju valstu starpā par šā līguma piemērošanu un iztulkošanu ir izšķiramas no jauktas šķirejtiesas. Šķīrejtiesu sastāda katrā attiecīgā gadījumā un tā sastāv no abu līgumslēdzēju valstu priekšstāvjiam vienlīdzigā skaita. Ja abu valstu priekšstāvji nevienojas, tad viņi pieaicina neitralu priekšsēdētāju, kuru iecelt vajadzības gadījumā lūgs pastāvīgās starptautiskās tiesas priekšsēdētāju Hagā.

Artikel VI.

Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen alsbald in Berlin ausgetauscht werden.

Artikel VII.

Der Vertrag tritt mit dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und soll zunächst ein Jahr gelten. Von diesem Zeitpunkt an soll er so lange in Geltung bleiben, als er nicht von einem der beiden vertragschließenden Teile mit einer Frist von drei Monaten gekündigt wird.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eigenhändig unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und lettischer Sprache.

Riga, den 28. Juni 1926.

(L. S.) **Dr. Adolph Köster.**

(L. S.) **K. Ulmanis.**

VI. pants.

Šis līgums ratificējams un ratifikacijas dokumenti apmainami nekavējoties Berlinē.

VII. pants.

Līgmus stājas spēkā ratifikacijas dokumentu apmaiņas dienā un paliek spēkā vispirms vienu gadu. Sākot no šī brīža tas paliek spēkā tik ilgi, kāmēr to neuzteic ar triju mēnešu termiņu viena no abām līgumslēdzējām valstīm.

Šo apliecinot pilnvarotie pašrocīgi parakstīja šo līgumu.

Sastādīts divos oriģinalos vācu un latviešu valodās.

Rīgā, 1926, g. 28. junijā.

Dr. Adolph Köster (paraksts).

K. Ulmanis (paraksts).

Anlage A (zu Artikel III).

1. Die Grundlage des Eisenbahnverkehrs zwischen den vertragschließenden Teilen bildet bis zum Inkrafttreten der Berner Konvention vom 23. Oktober 1924 das Internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. Oktober 1890 nebst Nachträgen. Etwa zur Zeit notwendige Abweichungen werden — sofern die beiderseitigen Regierungen dies nicht in unmittelbarem Benehmen regeln wollen — von den beteiligten Eisenbahnverwaltungen, vorbehaltlich der Genehmigung ihrer Regierungen, festgesetzt werden.

2. Auf den Eisenbahnen soll im Personen- und Gepäckverkehr hinsichtlich der Abfertigung, der Beförderungspreise und der mit der Beförderung zusammenhängenden öffentlichen Abgaben kein Unterschied zwischen den Bewohnern der Gebiete der vertragschließenden Teile gemacht werden.

3. In Deutschland aufgelieferte, nach Lettland oder durch Lettland nach einem dritten Staate zu befördernde Gütertransporte werden, bei Erfüllung der gleichen Bedingungen auf den lettländischen Eisenbahnen, weder in bezug auf die Abfertigung noch hinsichtlich der Beförderungspreise oder der mit der Beförderung zusammenhängenden öffentlichen Abgaben ungünstiger behandelt werden als gleichartige einheimische Gütertransporte oder solche eines dritten Staates in derselben Richtung und auf derselben Verkehrsstrecke. Das gleiche wird auf den deutschen Eisenbahnen für in Lettland aufgelieferte Gütertransporte gelten, die nach Deutschland oder durch Deutschland nach einem dritten Staate befördert werden. Dieser Grundsatz findet wechselseitig auch Anwendung auf Gütertransporte aus den Gebieten des einen Teiles, die mit Schiffen in See- oder Flußhäfen des anderen Teiles getragen und dort auf Eisenbahnen aufgeliefert werden.

4. Für den Personen- und Güterverkehr sollen, sobald es die Verhältnisse gestatten, nach Maßgabe des tatsächlichen Bedürfnisses direkte Tarife hergestellt werden.

Pielikums A (pie III. panta).

1. Dzelzsceļu satiksme starp līgumslēdzējām valstīm līdz 1924. g. 23. oktobrī Bernē parakstītas konvencijas spēkā stāšanās dibinās uz 1890. g. 14 oktobra starptautisko konvenciju par dzelzsceļu preču satiksmi ar papildinājumiem. Par pagaidam nepieciešamiem novirzījumiem lems ieinteresētās dzelzsceļu pārvaldes ar katras attiecīgas valdības piekrišanu, cik tāļi abas valdības nevēlas nokārtot šo caur tiešo vienošanos.

2. Attiecībā uz pieņemšanu pārvadāšanai, uz pārvadāšanas maksājumiem un uz ar pārvadāšanu saistītām publiskām nodevām uz dzelzsceļiem pasažieru un bagažas satiksmē nedarīs izšķirību starp līgumslēdzēju valstu teritoriju iedzīvotājiem.

3. Vācijā pārvadāšanai uz Latviju vai caur Latviju uz kādu trešu valsti nodotie preču transporti, ja ir izpildīti vienlīdzīgi nosacījumi, attiecībā uz nosūtīšanas kārtību vai uz pārvadāšanas maksājumiem, vai uz ar pārvadāšanu saistītām publiskām nodevām uz Latvijas dzelzsceļiem netiks padoti nelabvēligākiem nosacījumiem nekā līdzīgi iekšzemes vai kādas trešas valsts preču pārvadājumi tādā pašā vierzienā un uz tā paša ceļa posma. Tāda pat kārtība tiks piemērota uz Vācijas dzelzsceļiem attiecībā uz Latvijā pārvadāša nai pieņemtiem preču transportiem, kuŗus pārved uz Vāciju vai caur Vāciju uz kādu trešu valsti. Šis pamatnosacījums ir savstarpēji piemērojams arī pie preču sūtījumiem, kuŗus atved ar kuģiem no vienas valsts teritorijas otras valsts jūŗas vai upju ostās un tur nodod dzelzsceļiem pārvadāšanai.

4. Tiklīdz kā to atļauj apstākļi pasažieru un preču satiksamēm, skatoties pēc faktiskas vajadzības, ievedami tieši tarifi.

Auf Verlangen des anderen Teiles sind die bei gebrochener Abfertigung sich ergebenden Frachtsätze auch in die direkten Tarife einzurechnen.

5. In der Beförderung wird grundsätzlich keine Bevorzugung der Güter des eigenen oder eines dritten Landes gegenüber Gütern des anderen stattfinden.

6. Beide Teile werden den Eisenbahnverkehr zwischen den beiderseitigen Gebieten gegen Störungen und Behinderungen sicherstellen.

Bei der Wagenzustellung, namentlich auch zur Umladung aus den Gebieten des anderen Teiles kommender oder nach diesen Gebieten bestimmter Güter, wird den Bedürfnissen der Ein- und Ausfuhr des anderen Teiles in gleicher Weise Rechnung getragen werden wie den Bedürfnissen des Binnenverkehrs oder den Bedürfnissen der Ein- und Ausfuhr eines dritten Landes.

Den Bedürfnissen des durchgehenden Verkehrs soll durch günstige Zugverbindung sowie durch Herstellung ineinandergreifender Fahrpläne für den Personen- und Güterverkehr Rechnung getragen werden.

Uz otraz valsts pieprasījumu pie pārvadājumiem laustā satiksmē piemērojamās veduma maksas arī ir uzņemamas tiešos tarifos.

5. Pie pārvadāšanas savas vai kādas trešas valsts preču sūtījumi princi pieli nebaudīs nekādu priekšrocību salīdzinot ar otras valsts preču sūtījumiem.

6. Abas valstis nodrošinās dzelzsceļu satiksmi starp abēju valstu teritorijām pret traucējumiem un kavekļiem.

Piegādājot preču vagonus, proti, arī pārkraušanai no otrās valsts izejošām vai uz minēto valsti ejošām precēm, otras valsts ievedu un izvedu vajadzībām piegriezīs tādu pat vērību kā iekšzemes satiksmes vajadzībām vai kādas trešas valsts ievedu un izvedu vajadzībām.

Tranzitsatiksmes vajadzībām ievedama izdevīga vilcienu satiksme, kā arī sastādami saskaņoti vilcienu saraksti pasažieru un preču satiksmei.

Schlußprotokoll

zum Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Lettländischen Republik zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland vom 28. Juni 1926.

Bei der heute erfolgten Unterzeichnung des Vertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Lettländischen Republik zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland haben die beiderseitigen Regierungen folgendes festgestellt:

Zu Artikel II § 1: Es besteht Einverständnis, daß die vertragschließenden Teile in ihren gegenseitigen Beziehungen, um möglichst rasch und vollständig den in § 1 des Artikels II dieses Vertrages aufgestellten Grundsatz der Freiheit des Warenaustausches zu verwirklichen, keinerlei Einfuhr- oder Ausfuhrverbote oder -beschränkungen aufrechterhalten oder einführen, sofern es nicht unbedingt erforderlich ist, und dann auch nur so lange, als besondere Umstände, die zu ihrer Einführung Anlaß gegeben haben, andauern.

Die zur Zeit in den beiden Ländern bestehenden Verbote sind von den vertragschließenden Teilen gegenseitig mitgeteilt worden.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und lettischer Sprache.

Riga, den 28. Juni 1926.

(L. S.) **Dr. Adolph Köster.**

(L. S.) **K. Ulmanis.**

Beigu protokols

pie 1926. g. 28 junija līguma starp Vācijas valsti un Latvijas Republiku par saimniecisko attiecību nokārtošanu starp Vāciju un Latviju.

Pie šodien notikušās līguma parakstīšanas starp Vācijas Valsti un Latvijas Republiku saimniecisko attiecību nokārtošanai starp Vāciju un Latviju abas valdības vienojās par sekošo:

Pie II. panta 1. §: Vienojās par to, ka līgumslēdzējas valstis savās savstarpējās attiecībās šā līguma II. panta 1. § uzstādītā preču apmaiņas brīvības principa pēc iespējas drīzai un pilnīgai izvešanai dzīvē, neuzturēs spēkā nedz ievedīs nekādus ievedu vai izvedu aizliegumis vai aprobežojumus, cik tāļi tas nav pilnīgi nepieciešami, un arī tādā gadījumā vienīgi uz tik ilgu laiku, kāmēr ilgst sevišķie apstākļi, kas izsaukuši viņu ievešanu.

Abas līgumslēdzējas valstis ir savā starpā paziņojušas viena otrai par abās valstīs patlaban pastāvošiem aizliegumiem.

Sastādīts divos oriģinalos vācu un latviešu valodās.

Rīgā, 1926, g. 28. junijā.

Dr. Adolph Köster (paraksts).

K. Ulmanis (paraksts).

Gesetz über das vorläufige Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Finnland. Vom 19. November 1926.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Dem in Berlin am 26. Juni 1926 unterzeichneten vorläufigen Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Finnland sowie dem dazugehörenden Schlußprotokoll vom gleichen Tage wird zugestimmt.

Das vorläufige Handelsabkommen und das Schlußprotokoll sind durch Verordnung der Reichsregierung vom 24. September 1926 im Reichsgesetzbl. II S. 557 veröffentlicht und vorläufig in Anwendung gesetzt worden.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Der Tag, an dem das Abkommen und das Schlußprotokoll gemäß Artikel 16 des Abkommens in Kraft treten, ist im Reichsgesetzblatt bekanntzumachen.

Berlin, den 19. November 1926.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichsminister des Auswärtigen
Dr. Stresemann

Das Reichsgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen — Teil I und Teil II —. **Fortlaufender Bezug** nur durch die **Postanstalten.** Der Bezugspreis beträgt für Teil I vierteljährlich 1,10 RM, für Teil II vierteljährlich 1,20 RM.

Einzelbezug jeder (auch jeder älteren) Nummer nur vom **Gesetzsammlungsamt,** Berlin NW 40, Scharnhorststr. 4. Preis für den achtseit. Bogen 15 Pf. (aus abgelauf. Jahrg. 10 Pf.). Bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. H. Preisermäßigung.

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.